

# ***Sharing Economy***

Rede

***Sigmar Gabriel***

*Bundesminister für Wirtschaft und Energie*

Anlass:

BMWi-Reihe „Denkräume“

am 11. Dezember 2014

Uhrzeit der Rede: 19:00 Uhr

in BMWi-Vestibül

Redezeit: 10 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Liebe Frau ■■■■,  
lieber Herr ■■■■,  
meine sehr verehrten Damen und  
Herren,

ich möchte Sie heute Abend hier im  
Bundwirtschaftsministerium sehr  
herzlich willkommen heißen.

Ich hoffe, Sie hatten eine gute – und  
preiswerte – Anreise.

Für ein Taxi vom Flughafen Tegel hier  
zum Ministerium müssen Sie ungefähr  
18 Euro berappen. Wären Sie mit  
dem Fahrtvermittler Uber gekommen,  
hätten Sie für die gleiche Strecke nur  
2 – 4 Euro zahlen müssen. [*ungefährer  
Fahrpreis laut [www.uber.com](http://www.uber.com)*]

Jedenfalls, wenn ein Fahrer zu diesen Bedingungen verfügbar gewesen wäre.

Das ist nicht ganz selbstverständlich. Nicht nur, dass Uber sein Angebot im Zuge der laufenden rechtlichen Auseinandersetzungen eingeschränkt hat. Sie sollten auch im Hinterkopf haben, dass Uber in Stoßzeiten gezielt die Preise erhöht. [*Hintergrund: Uber ist generell deutlich günstiger als das Taxi (Kilometerpreis: 0,75 – 1 Euro ggü. Taxi 1,80 – 2 Euro). Um behördliche Verbotsverfügungen zu umgehen, hat Uber in Berlin die Preise weiter auf Betriebskostenniveau (0,35 Euro/ km) gesenkt und ist damit – vergleichbar einer Mitfahrzentrale – zulässig. Bei hoher Nachfrage erhöht Uber die Preise. In Berlin bietet Uber seit Dezember Fahrten nur noch am Wochenende an.*]

Trotzdem stellt sich die Frage: Kann das funktionieren und ist es fair? Über dieses und andere Geschäftsmodelle, die Uber ähneln, wollen wir heute Abend sprechen.

Der heutige Abend findet im Rahmen unserer Gesprächsreihe „Denkräume“ statt. Wir möchten mit Ihnen in einen offenen Dialog treten, zu Themen, die die Diskussion aktuell bewegen.

Die Denkräume sind ein Format, in dem wir Fragen stellen, ohne Ihnen schon fertige Antworten präsentieren zu können. Im Mittelpunkt des heutigen Abends soll das Gespräch stehen.

Dazu haben wir mit [REDACTED]  
einen weiteren Sprecher, der sich  
schon sehr klar und gewohnt pointiert  
zu dem Thema geäußert hat.

Das Teilen, das gemeinsame Nutzen  
oder Tauschen von Dingen, ist ja nun  
wirklich nicht neu und wird schon seit  
Jahrtausenden praktiziert.

Getauscht haben die Menschen  
schon, bevor sie das Geld erfanden.  
Geld ist überhaupt erst als Hilfsmittel  
entstanden, den Tausch zu  
erleichtern.

Es gibt sogar namhafte  
Wissenschaftler, die das Teilen für  
einen gesellschaftlichen Urzustand  
halten [*so der Sozialwissenschaftler und Vordenker  
der „Occupy“-Bewegung David Graeber*].

Ich bin mir da ja nicht so sicher. Wer  
Kinder hat, weiß, dass das „haben  
wollen“ sich frühzeitig und ganz von  
selbst entwickelt und im Kindergarten  
oder auf dem Spielplatz vehement,  
zur Not auch mit Gewalt, durchgesetzt  
wird. Das „teilen“ dagegen müssen  
viele Eltern ihren Kindern doch recht  
mühsam beibringen.

Aber ich habe Sie heute nicht eingeladen, um mit Ihnen über anthropologische Grundsatzfragen zu diskutieren.

Die aktuelle Debatte um das Teilen wurde initiiert von einer Bewegung, die Wachstums- und Konsumkritik mit dem Gedanken der Selbsthilfe verknüpft hat.

Der Trend zum „Nutzen statt Besitzen“, bedeutet für viele: nachhaltig und effizient zu konsumieren, gleichzeitig andere zu unterstützen, selber Geld zu sparen und Ressourcen zu schonen.

Das trifft sich mit dem Lebensgefühl einer jungen, internet-affinen Generation. Wer sich am liebsten in der „virtuellen Realität“ des Netzes bewegt, für den spielen materielle Güter als Statussymbole eben nicht mehr die Rolle, die ihr Besitz in der analogen Welt einnimmt.

Tauschen und Teilen passt offenbar besser zu dem modernen und flexiblen Lebensstil dieser Generation.

Früher war das Teilen aus ganz praktischen Gründen vorwiegend im engeren Zirkel der Freunde, Bekannten oder Nachbarn beschränkt. Heute ist es dank Internet und Smartphone sehr viel schneller, vielseitiger und in einem viel größeren Kreis möglich.

Das Internet verbindet die Menschen auf der ganzen Welt. Dies eröffnet neue Möglichkeiten, auch neue Geschäftsmodelle.

Neben die regional geprägten Formen der Nachbarschaftshilfe und Tauschringe treten deshalb die Internet-gestützten kommerziellen Vermittlungs- und Vermietungsplattformen.

Nur ein begrenzter Teil der „Sharing Economy“ ist heute noch von Idealismus, Nächstenliebe und sozialen Motiven geprägt.

Dominierend ist längst das, was [REDACTED] den „Plattform-Kapitalismus“ nennt. Es geht um Umsatz in Milliardenhöhe und um beachtliche Profite. So kommt es, dass Uber inzwischen mit 40 Mrd. Dollar [32 Mrd. Euro] bewertet wird. Das ist mehr als jedes zweite DAX-Unternehmen an Börsenwert erzielt [von 30 DAX-Unternehmen haben nur 13 eine Marktkapitalisierung von 32 Mrd. Euro oder mehr].

Da nehmen sich die 10 Mrd. Dollar für die Plattform für Übernachtungen *airbnb* [air bi'n bi] fast schon bescheiden aus. Aber auch das toppt locker den Börsenwert der Lufthansa [6,7 Mrd. Euro].

Die neuen internetbasierten Geschäftsmodelle rund ums „Teilen“ treffen offenbar einen Nerv, indem sie sehr erfolgreich ihre Nachfrage finden. Es ist zu früh zu sagen, wieviel sie davon von etablierten Anbietern, z.B. von klassischen Hotels oder Taxis, abziehen und inwieweit der Kuchen tatsächlich größer wird.

Sie treffen aber auch einen Nerv, weil sie viele Menschen erst motivieren, sich als Anbieter zu betätigen. Alle Vermittlungsdienste, ob für Fahrten oder für Betten, leben davon, dass tausende und abertausende von Privatpersonen ihre Autos oder ihre Zimmer tatsächlich anbieten und auf der Plattform einstellen.

Unternehmen wie Uber und airbnb dienen in der öffentlichen Diskussion als Paradebeispiele für die positiven und aber auch negativen Auswirkungen des neuen Trends, der gründlich an etablierten Strukturen rüttelt.

Die neuen Anbieter zeigen, dass innovative Technologien Wettbewerb in seit Jahren eingefahrene Bereiche bringen. Das ist ein Wert an sich.

Aus wettbewerblicher Sicht ist es deshalb sinnvoll, die bestehenden Regelungen zu überprüfen, ob sie für die digitale Welt und die veränderten Bedürfnisse der Menschen angemessen sind.

Man darf ja mal darüber nachdenken, ob die Ortskundeprüfung für Taxifahrer im Zeitalter des Navi wirklich noch solche Bedeutung hat.

Aber es müssen auch gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen für alle auf den gleichen Märkten agierenden Unternehmen gelten. Stichwort „Level Playing Field“!

Wenn zum Beispiel die Versicherung für zugelassene Taxis deutlich höher ist als die für einen privaten Kfz-Halter, der über eine Plattform vermittelt, Personen befördert, muss man fragen, ob da eine Angleichung – in welche Richtung auch immer – nicht gerechtfertigt wäre.

Insbesondere müssen auch  
Verbraucher- und Arbeitnehmerrechte  
gesichert sein – und natürlich auch  
die Steuerpflicht.

Was auf manchen Plattformen zur  
Vermittlung von Dienstleistungen  
oder, wie man neudeutsch sagt, zum  
„crowd sourcing“ inzwischen üblich ist,  
lässt nicht nur einen gestandenen  
Gewerkschafter schaudern.

Auf solchen Internet-Portalen für „freelancer“ [z.B. [www.odesk.com](http://www.odesk.com)] gehört zu den Vermittlungsbedingungen, dass der Auftraggeber über ein automatisch generiertes „Arbeitstagebuch“ alle 10 Minuten einen „screenshot“ erhält, um kontrollieren zu können, dass der Auftragnehmer tatsächlich bei der Arbeit ist, und wie viele Tastenanschläge oder Mausklicks er pro Minute leistet.

Das hat wohl mit selbst bestimmtem Arbeiten nicht mehr viel zu tun. Das ist eine umfassende Kontrolle, die jeder Form von Zeitsouveränität Hohn spricht.

Die Frage, wie wir die Position dieser digitalen Tagelöhner auf Dauer verbessern, wird uns zukünftig noch beschäftigen.

Auf alle Fälle dürfen etablierte Unternehmen nicht deshalb ins Hintertreffen geraten, weil sie faire Arbeitsbedingungen bieten und Tariflöhne zahlen.

Schließlich: Plattformen werden um so attraktiver, je mehr Mitglieder sie haben. Denn damit hat der Konsument größere Auswahl und ein besseres Angebot. Ökonomen sprechen hier von Netzwerkeffekten, die mit einer Tendenz zum Monopol einhergehen.

Denken Sie nur an Google, Ebay oder Amazon. All diese Plattformen haben in kurzer Zeit überragende Marktstellungen erlangt.

Wir werden sehr genau darüber nachdenken müssen, ob unser geltendes Wettbewerbsrecht hinreicht, um die Effekte eventueller Monopolbildung aufzufangen.

Aber ich bin fest überzeugt davon, dass Wettbewerbsrecht ganz sicher nicht dazu da ist, um vorhandene Märkte und Unternehmen vor Innovationen zu schützen.

Es ist ausdrücklich kein konservierender Faktor, sondern soll der Innovation durch die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten Raum geben.

Uns bringt deshalb weder das Festhalten am Status quo noch das kritiklose Akzeptieren jedweder Neuerung im Netz weiter.

Die Frage ist: Was kann bzw. sollte die Politik tun, um die Entwicklungen in die richtige Richtung zu lenken, ohne neu entstehende Märkte im Anfangsstadium gleich wieder abzuwürgen?

Ich bin gespannt auf Ihre Meinung!

Zunächst aber freue ich mich auf den  
Impuls von [REDACTED] und bin  
sicher: Danach werden wir viel zu  
diskutieren haben!

ENTWURF